

Dokumente zum Zeitgeschehen

Memorandum von Wirtschaftswissenschaftlern „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik“, vorgelegt am 4. November 1975 in Bonn

(Wortlaut)

Auf einer Pressekonferenz am 4. November 1975 haben die Professoren Kade (Darmstadt), Pfaffenberger (Oldenburg), Schui (Bremen) und Uherek (Westberlin) das im Wortlaut abgedruckte Memorandum „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik“ vorgelegt, das eine Reihe von Hochschullehrern der Wirtschaftswissenschaften sowie auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften arbeitende Gewerkschafter unterzeichnet haben. Darin wird zum einen die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung als hinsichtlich der Ankurbelungseffekte unwirksam und hinsichtlich der Belastungen für die Bevölkerung unsozial kritisiert. Zum anderen aber enthält der Aufruf konkrete Vorschläge für eine alternative, kurzfristig realisierbare, wirksame und soziale Wirtschaftspolitik. D. Red.

Die Bundesregierung hat in jüngster Zeit mit dem Konjunkturprogramm, der Haushaltskürzung, der geplanten Mehrwertsteuererhöhung und den vorgesehenen weiteren Steuererleichterungen für Unternehmen Beschlüsse gefaßt und teilweise bereits durchgeführt, die die unterzeichnenden Wirtschaftswissenschaftler zu entschiedenem Widerspruch herausfordern. Ein solcher Widerspruch erscheint um so notwendiger, als eine massive Kampagne in der Öffentlichkeit den Eindruck erzeugen soll, zu diesen Beschlüssen gäbe es keine Alternative. Wir sehen uns daher zu folgender Erklärung veranlaßt:

1. Die aktuelle wirtschaftliche Situation

Die Bundesrepublik befindet sich gegenwärtig in der schwersten wirtschaftlichen Rezession seit ihrem Bestehen. Dabei treten — was erschwerend wirkt — die klassischen Erscheinungen der Wirtschaftskrise — Massenarbeitslosigkeit, Rückgang der Produktion, Mangel an Investitionen und Häufung von Zusammenbrüchen meist kleiner und mittlerer Unternehmen — gegenwärtig im Zusammenhang mit anhaltenden Preissteigerungen auf der Endstufe auf; durch diese Entwicklung werden die sozial schwächsten Schichten besonders hart getroffen, während marktbeherrschende Unternehmen sich durch ihre Preissetzungsmacht den Krisenfolgen leichter entziehen können. Durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Abbau von Überstunden und außertariflichen Zulagen ist zu befürchten, daß die Realeinkommen für breite Bevölkerungskreise sinken; die Angst um den Arbeitsplatz und vor beruflichem Abstieg nimmt allenthalben zu.

Diese wirtschaftliche Entwicklung hat zu einer deutlichen Anspannung des sozialen und politischen Klimas geführt: Die Realisierung und Weiterentwicklung fortschrittlicher Reformen — wie die Einführung der paritätischen Mitbestimmung, die Verbesserung der beruflichen Ausbildung, der Ausbau von Gesamtschulen usw. — ist von der Tagesordnung abgesetzt worden. Kritische Auseinandersetzungen mit der Realität der Bundesrepublik werden zunehmend mit dem Verdikt der Verfassungsfeindlichkeit belegt und verfolgt. Kurz: die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Errungenschaften und die Normen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates werden durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise und ihre Begleiterscheinungen gefährdet.

2. Verfehlte Konjunkturpolitik

Die Krisenpolitik der Bundesregierung zielt darauf ab, durch gewinnfördernde Maßnahmen die Aktivität der privaten Unternehmen anzuregen. Diese Strategie unterstellt, daß steigende Unternehmensgewinne über den Mechanismus der Marktkonkurrenz zwangsläufig zu erhöhter Investition, Produktion und Beschäftigung führen müssen. Neben diesem unmittelbaren Beschäftigungseffekt werden sogenannte „strukturelle Verbesserungen“ angestrebt, die in Wirklichkeit vorrangig eine Umverteilung des Volkseinkommens zu

Lasten der Arbeitnehmer bedeuten. Die Kürzung der öffentlichen Haushalte im sozialen Bereich soll die Staatsverschuldung mindern, den Geldwert relativ stabilisieren und durch die neue Ausgabenpolitik die Unternehmen langfristig finanziell entlasten, so daß künftig mit einem störungsfreien Wachstum zu rechnen sei. Die Hoffnung auf einen raschen Aufschwung als Folge dieser wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist durch die Entwicklung der letzten Monate zerstört worden. Es hat sich vielmehr gezeigt, daß die Mittel, die der Staat zur Wirtschaftsankurbelung ausgibt, in einer durch marktbeherrschende Unternehmen gekennzeichneten Wirtschaft über beschäftigungsmindernde Rationalisierungsinvestitionen und/oder Gewinnsteigerungen absorbiert werden können, ohne daß die erwünschten Produktions- und Beschäftigungseffekte eintreten. Die starke Konzentration und Veränderung der Wettbewerbsverhältnisse haben dazu geführt, daß eine globale, längst vergangene Konkurrenzformen voraussetzende Wirtschaftspolitik immer weniger auf die von ihr angestrebten Mengen-, Beschäftigungs- und Preiswirkungen Einfluß nehmen kann: Sie wird in ihren Auswirkungen daher zunehmend unsicherer, ineffektiver und aufwendiger. Der mangelhafte Erfolg der bisherigen Antikrisenpolitik der Bundesregierung ist nicht in erster Linie auf außenwirtschaftliche Einflüsse, sondern auf den Verzicht der wirtschaftspolitischen Instanzen zurückzuführen, den Einsatz und die Vergabe staatlicher Mittel stärker an die Realisierung der angestrebten wirtschaftspolitischen Ziele zu binden.

Die von der Bundesregierung gegen Ende des vergangenen Jahres und im August 1975 getroffenen Maßnahmen halten wir für wenig beschäftigungswirksam, die Beschlüsse vom September dieses Jahres überdies für unsozial:

1) Die geringe Effizienz der Wirtschaftspolitik ist um so wahrscheinlicher, als die privaten Investitionen durch Gewinnanreize stimuliert werden sollen, der Zusammenhang zwischen Gewinnerwartungen, privaten Investitionen und Beschäftigungseffekten allerdings zu den am wenigsten gesicherten Vermutungen der Ökonomie gehört. Dies hat sich sehr deutlich bei der temporär eingesetzten Investitionszulage gezeigt. Darüberhinaus ist das Volumen des Programms zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen noch zu gering, um dauerhafte Multiplikatorwirkungen auf dem Arbeitsmarkt auszulösen.

2) Unsozial sind die geplanten Maßnahmen deshalb,

— weil die beschlossenen Haushaltskürzungen fast ausschließlich reformpolitisch bedeutende Aufgabenbereiche treffen, der Verteidigungshaushalt dagegen aber unberührt bleiben soll. Insbesondere die im Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes und sonstige im Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vorgesehene Ausgabenkürzungen ziehen sowohl eine Disqualifizierung wie auch eine größere Krisenanfälligkeit von ohnehin schon benachteiligten Bevölkerungsgruppen nach sich.

— weil die geplante Erhöhung vor allem der Mehrwertsteuer eine weitere Beschleunigung des Preisauftriebs nach sich ziehen wird, die vor allem die mittleren und unteren Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger empfindlich belastet.

3. *Die Alternative*

Unseren entschiedenen Widerspruch setzen wir allen Behauptungen entgegen, zu den von der Bundesregierung beschlossenen und geplanten, in ihren Wirkungen unsicheren und unsozialen Maßnahmen gäbe es keine Alternative. Derartig wissenschaftlich unhaltbare Behauptungen blieben in der Öffentlichkeit bisher u. a. deswegen weitgehend unwidersprochen, weil der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der in der Öffentlichkeit als Sprachrohr der Wissenschaft zu Fragen der Wirtschaftspolitik angesehen wird, mittlerweile so einseitig zusammengesetzt ist, daß in seine Stellungnahmen nicht die in der Wissenschaft vertretene Breite der Anschauungen einfließt.

Innerhalb der Wirtschafts- und Rechtsordnung der Bundesrepublik sind wirksame und soziale Alternativen zur praktizierten Wirtschaftspolitik gangbar, sobald das Dogma der unnehmerischen Dispositionsautonomie und das daraus abgeleitete Gebot der Beschränkung staatlicher Wirtschaftspolitik auf Globalsteuerung und indirekte Lenkung zurückgewiesen wird. Stattdessen hat eine präzisere Zweckbindung wirtschaftspolitischer Maßnahmen auch gegenüber den privaten Unternehmen stattzufinden. Gerade die gegenwärtig sich verschlechternde materielle Situation für weite Bevölkerungskreise erfordert,

daß die Regierung verstärkt auf der verfassungsrechtlich gebotenen Sozialbindung des Privateigentums an Produktionsmitteln insistiert und Maßnahmen zur Realisierung dieser Sozialbindung **ergreift**.

Kurzfristig realisierbare Alternativen einer wirksamen und sozialen Politik zur Bekämpfung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise bestehen weder in der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln noch in einer Aufhebung des Marktes als Steuerungs- und Koordinationsmechanismus der wirtschaftlichen Aktivität.

Ungeachtet aller mittel- und langfristigen Veränderungen in den gesamt- und einzelwirtschaftlichen Planungs- und Entscheidungsprozessen und -kompetenzen, die eine stärkere Bindung wirtschaftspolitischer Maßnahmen an die propagierten Zwecke erfordern wird, und ungeachtet der Differenzen in der Konzeption dieser mittel- und langfristigen Veränderungen halten wir eine kurzfristig unter den gegebenen Bedingungen ansetzende wirksame und soziale Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung der aktuellen Wirtschaftskrise für notwendig und möglich. Ihre beiden Hauptbestandteile sind:

1) Die Erweiterungen und der Ausbau statt der Kürzung staatlicher Sozialleistungen: Die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld dürfen nicht erschwert, sondern müssen erleichtert werden (Einbeziehung der Teilzeitbeschäftigten, Fortfall der Anwartschaftzeiten, keine Ausdehnung des Zumutbarkeitsbegriffes), ferner muß die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld — gerade im Hinblick auf die zu erwartende hohe Dauerarbeitslosigkeit — wesentlich verlängert werden. Arbeitslosenhilfe darf nur in äußersten Fällen zur Haupteinkommensquelle der Beschäftigungslosen werden. Unabhängig hiervon unterstützen wir die vom DGB erhobenen Forderungen zur Neuordnung der Finanzierung der Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit, insbesondere die Einführung eines allgemeinen Arbeitsmarktbeitrags. Weiterhin sind staatliche Leistungen wie Kindergeld, Wohngeld, Stipendien, alle Möglichkeiten der Berufsausbildung und Umschulung beizubehalten und auszudehnen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ist — insbesondere für Güter des lebensnotwendigen Bedarfs — als sozial nicht tragbar entschieden abzulehnen.

Die Erweiterung dieser Sozialleistungen verbessert nicht nur unmittelbar die Lage der begünstigten Personen, sondern kann über eine Anhebung der Kaufkraft breiter Bevölkerungskreise bei zunehmendem Abbau der Arbeitslosigkeit belebend auf den privaten Verbrauch und auf die Beschäftigung wirken.

2) Der gezielte und hinsichtlich seiner Wirkungen kontrollierte Einsatz eines umfangreichen öffentlichen Sonderhaushaltes zur Konjunkturbelebung:

— Der Umfang dieses Sonderhaushalts muß, entsprechend der Schwere der gegenwärtigen Krise, weit über dem gegenwärtig beschlossenen und auch über den beiden Sonderhaushalten von 1967 liegen.

— Die öffentlichen Mittel sollen über die bisher vorgesehenen Bereiche (Stadtsanierung, Wohnungssanierung, Schulwesen, Krankenhausbau, Umweltschutz, Regionalförderung) hinaus zusätzlich in den sozialen Wohnungsbau fließen, wie dies schon in den Forderungen des DGB vom Juli dieses Jahres vorgesehen ist.

— Die Vergabe der öffentlichen Mittel ist daran zu binden, daß die ausführenden und zuliefernden Unternehmen Produktion und Beschäftigung erhöhen und die Preise für ihre Produkte stabil halten. Um so mehr nämlich die öffentliche Hand bei der Vergabe von Aufträgen mit Submissionskartellen und anderen die Preiskonkurrenz ausschaltenden Vereinbarungen der Unternehmen konfrontiert wird, um so zwingender ist es geboten, die sparsame Bewirtschaftung öffentlicher Gelder durch entscheidende öffentliche Mitwirkung bei der Preispolitik der unmittelbar beauftragten und zuliefernden Firmen durchzusetzen. Damit beschäftigungsfördernde Maßnahmen nicht durch eine entgegengerichtete Preispolitik der Unternehmen durchkreuzt werden, ist es erforderlich, daß die Regierung ihre Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl mit aller politischer Entschiedenheit vertritt und daß das Preissetzungsverhalten der Unternehmen verstärkt zum Gegenstand gesellschaftlicher Diskussion und Kontrolle gemacht wird; konkret heißt dies Einführung der Preiskontrolle für alle marktbeherrschenden Unternehmen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Das in der Öffentlichkeit immer wieder zur Rechtfertigung der unsozialen Regierungsbeschlüsse und -maßnahmen angeführte Argument der Finanzierungserfordernisse für das Konjunkturprogramm ist irreführend:

Umfangreiche Mittel können bereits durch höhere Besteuerung von hohem Einkommen und durch eine Verminderung des Verteidigungshaushaltes aufgebracht werden; daß letzteres möglich ist, haben die Niederlande jüngst unter Beweis gestellt.

Darüber hinaus ist zu beachten, daß der bei zunehmender Staatsverschuldung — als alternativer Finanzierungsmöglichkeit — als unvermeidlich unterstellte inflationäre Effekt ja nur dann zu erwarten ist, wenn die Preissetzungsautonomie der Unternehmen als unantastbar hingenommen wird. Wird jedoch — wie hier vorgeschlagen — die staatliche Ankurbelungspolitik mit dem Gebot der Preisdisziplin bei den maßgeblichen Unternehmen verbunden, tritt dieser inflationäre Effekt gerade nicht ein: der Finanzierung wirtschaftsbelebender Maßnahmen durch höhere Staatsverschuldung, die in Zeiten des Aufschwungs schnell zu tilgen wäre, steht nichts im Wege.

Die hier vorgeschlagene staatliche Politik würde den privaten und den staatlichen Verbrauch sowie die staatlichen Investitionen als wichtige Bestandteile der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage steigern. Sie würde gleichzeitig die Ertragsbedingungen für die privaten Investitionen verbessern, ohne daß die staatlichen Mittel überwiegend durch Preissteigerungen bei äußerst geringem Beschäftigungseffekt absorbiert werden. Der Mengeneffekt einer solchen Politik senkt die Stückkosten der gegenwärtig überwiegend mit unausgelasteten Kapazitäten arbeitenden Unternehmen und läßt daher steigende Gewinne auch bei steigenden Löhnen zu. Angesichts dieser Sachlage sehen wir auch für die von Unternehmerseite geforderte Lohnpause keinerlei Begründung und Veranlassung. Die Unternehmen haben es vielmehr in der Hand, durch ihre Preispolitik den Aufschwung so zu unterstützen, daß Reallohnsteigerungen ermöglicht werden. Der stattdessen betriebene Versuch, in der Öffentlichkeit eine gegen die Gewerkschaften gerichtete Stimmung zu erzeugen, kann über diese Zusammenhänge nicht hinwegtäuschen; er muß als Eingriff in die Tarifautonomie entschieden zurückgewiesen werden.

Unsere Alternativvorschläge für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik entsprechen dem Interesse der breiten Mehrheit der Bevölkerung und sind kurzfristig realisierbar, sofern der Anspruch, mit dem die in der BRD bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verknüpft ist, auch gegen mächtige Hindernisse und solche Einzelinteressen verwirklicht wird, die von der Nichteinlösung dieses Anspruches profitieren. Die Alternativvorschläge sind darauf ausgerichtet, unter Erhaltung und Erweiterung des bisher erreichten Systems sozialer Leistungen die Bedingungen einer echten Mengenkonjunktur zu schaffen, die eine Erhöhung von Produktion und Beschäftigung ohne Preissteigerung ermöglicht.

Die verfassungsrechtlich gebotene Sozialbindung des Privateigentums an Produktionsmitteln einerseits und die akute Unsicherheit des Arbeitsplatzes und Bedrohung des materiellen Lebensstandards für die Mehrheit der Bevölkerung andererseits machen eine Abkehr von der bisher betriebenen und jüngst erneut beschlossenen unsozialen und in bezug auf ihre erklärten Ziele unsicheren Wirtschaftspolitik dringend erforderlich und verlangen unabweisbar eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik, die den Interessen vor allem der Lohn- und Gehaltsabhängigen, darüber hinaus aber auch den meisten anderen Schichten der Bevölkerung Rechnung trägt.

Bis zum 4. 11. 1975 wurde dieses Memorandum von folgenden Wirtschaftswissenschaftlern unterzeichnet: Dr. Hermann Adam, Wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Institut der Gewerkschaften (WSI), Düsseldorf; Assistenzprof. Dr. Detlev Albers, Universität Bremen; Assistenzprof. Dr. Michael Burchardt, FU Berlin; Prof. Dr. Gerhard Fleischmann, Universität Frankfurt; Prof. Dr. Jürgen Frank, TU Hannover; Prof. Dr. Knut Gerlach, TU Hannover; Dr. Werner Glastetter, WSI, Düsseldorf; Dr. Leonhard Hajen, Universität Hamburg; Prof. Dr. Dieter Harms, Fachhochschule für Wirtschaft (FH), Berlin; Prof. Dr. Rudolf Hickel, Universität Bremen; Prof. Dr. Heinz Holländer, Universität Dortmund; Prof. Dr. Jörg Huffschmidt, Universität Bremen; Privatdozent Dr. Hans Immler, TU Berlin; Assistenzprof. Dr. Bernd Jansen, FU Berlin; Prof. Dr. Siegfried Katterle, Universität Bielefeld; Prof. Dr. Klaus-Peter Kisker, FU Berlin; Prof. Dr. Gerhard Kade, TH Darmstadt; Prof. Dr. Norbert Koubek, Gesamthochschule Wuppertal; Prof. Dr. Alexander Krafft, Universität Oldenburg; Dozent Dieter Leuthold, Hochschule für Wirtschaft (HF), Bremen; Prof. Dr. Gerhard Leithäuser, Universität Bremen; Dr. Heinz Markmann, Direktor des WSI, Düsseldorf; Prof. Dr. Harald Mattfeld, FH Berlin; Dozent Ronald Mönch, HFW Bremen; Dozent Dr. Gerhard Munzel, HFW Bremen; Prof. Dr. Bernhard Nagel,

Dokumente zum Zeitgeschehen

Gesamthochschule Kassel; Prof. Dr. Carlos Ossorio-Capella, Universität Oldenburg; Prof. Dr. Wolfgang Pfaffenberger, Universität Oldenburg; Dozent Ulrich Rohr, Rektor der HFW Bremen; Prof. Dr. Otto Roloff, Universität Bremen; Assistenzprof. Dr. Herbert Schui, Universität Bremen; Assistenzprof. Dr. Dieter Schwierring, FU Berlin; Prof. Dr. Klaus Serfling, FHW Berlin; Diethard B. Simmert, WSI, Düsseldorf; Dr. Rainer Skiba, WSI, Düsseldorf; Prof. Dr. Hans-Georg Sprotte, FHW Berlin; Prof. Dr. Heinrich Strohauser, FHW Berlin; Hartmut Tofaute, WSI, Düsseldorf; Prof. Dr. Michael Tolksdorf, FHW Berlin; Prof. Dr. Eugen Uherek, Rektor der FHW Berlin; Prof. Axel Zerdick, FHW Berlin.

(Das Memorandum kann in weiteren Exemplaren angefordert werden bei: Dr. Herbert Schui, Universität Bremen, 28 Bremen, Achterstraße.)

Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1975

(Wortlaut)

Die Deutsche Demokratische Republik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben,

— darauf aufbauend, daß zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein enges brüderliches Bündnis entstanden ist, das auf dem Fundament des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus beruht;

— in der festen Überzeugung, daß die allseitige Festigung der Einheit und Freundschaft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken den Grundinteressen der Völker beider Länder und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entspricht und der weiteren Annäherung der sozialistischen Nationen dient;

— geleitet von dem Streben, gemäß den Grundsätzen und Zielen der sozialistischen Außenpolitik die günstigsten internationalen Bedingungen für die Errichtung des Sozialismus und Kommunismus zu gewährleisten;

— dem Schutz der territorialen Integrität und Souveränität beider Staaten gegen jegliche Anschläge erstrangige Bedeutung beimessend;

— entschlossen, die sich aus dem Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955 ergebenden Verpflichtungen strikt einzuhalten; konsequent und unentwegt für die Festigung der auf der Gemeinsamkeit der sozialen Ordnung und der Endziele beruhenden Geschlossenheit aller Länder der sozialistischen Gemeinschaft eintretend;

— bekräftigend, daß die Unterstützung, die Festigung und der Schutz der sozialistischen Errungenschaften, die dank den heldenhaften Anstrengungen und der aufopferungsvollen Arbeit der Völker erzielt wurden, gemeinsame internationalistische Pflicht der sozialistischen Länder sind; der weiteren Vervollkommnung der politischen und ideologischen Zusammenarbeit, der Entwicklung und Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration große Bedeutung beimessend;

— in der festen Absicht, die weitere Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt zu fördern und ihren Beitrag dazu zu leisten, die kollektiv ausgearbeiteten Prinzipien der Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu verwirklichen und auf dieser Grundlage eine fruchtbringende und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent zu entwickeln;

— unter Berücksichtigung dessen, daß die Deutsche Demokratische Republik, die die Grundsätze des Potsdamer Abkommens erfüllt hat, als souveräner, unabhängiger, sozialistischer Staat vollberechtigtes Mitglied der Vereinten Nationen geworden ist;